Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhade: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parrac

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 338 | Mittwoch, den 5. Dezember | Jahrgang 1928

Die Vertrauenskrise in der Zentrumspartei.

Ein Vorwort zum Parteitag in Köln.

Von

Joh. Giesberts, M. d. R.

Es ist die Auffassung unbestritten, daß das mangelhafte Ergebnis der letzten Wahlen im wesentlichen zurückzuführen ist auf eine außerordentlich stark verbreitete Verärgerung unserer Wählerschaft, die sich stellenweise steigert bis zum Verlust des Vertrauens zur Partei, zur politischen Führung und zu der parlamentarischen Tätigkeit der Fraktion. Kurz nach den Wahlen hat man versucht, in zahlreichen Darlegungen die Gründe und Ursachen für diese Vertrauenskrise klarzulegen.

Auf dem Parteitag wird hier ein offenes Wort gesprochen werden müssen. Wir sind ja Gott sei Dank längst darüber hinaus, daß man unangenehme Dinge nur hinter den Kulissen erörtert, und haben erkannt, daß freimütige Aussprache und gut vorbereitete Zielsetzung durch die Referenten zum besten Ergebnis führt. Die Fehler, die wir begangen haben oder begangen haben sollen, soll man uns vor Augen halten, aber nicht mit dem Ziel, zu kritisieren und zu verletzen, sondern zu bessern.

Ich gehöre seit 1905 der Zentrumsfraktion des Reichstages an und kann mir deshalb wohl ein bescheidenes Urteil über die Dinge erlauben, und da stelle ich eins als meine unumstößliche Erfahrung fest: daß die Zentrumsfraktion des Reichstags ihre Politik stets mit bestem Wissen und Gewissen auf das Wohl der Allgemeinheit, d. h. das Wohl des Volkes und des Staates und die Förderung der sozialen Gerechtigkeit und der sittlichen Kultur eingestellt hat.

Wenn ihre Entschlüsse und ihre politischen Handlungen vereinzelt nicht den Auffassungen entsprochen haben, wie sie im Lande unter den Wählern vorhanden sind, so beruht das eben auf dem Umstand, daß die Zentrumspartei nicht allein die Politik, die im Parlament betrieben wird, bestimmen kann, und daß es sehr häufig Situationen gibt, wo ein Kompromiß mit geringem Erfolg einer völligen Niederlage vorzuziehen ist.

Die Stellung der Zentrumspartei als Mittelpartei bringt naturgemäß mit sich, daß sie als sogenanntes „Zünglein an der Wage" sehr oft unpopuläre Politik treiben muß. Ein Blick auf die Vergangenheit zeigt uns das. Als das Zentrum das Sozialistengesetz mit zu Fall brachte, legte man ihm das als große Demagogie gegen den Staat und die staatliche Ordnung aus. Die gleiche Wirkung hatten die sozialistischen Anträge, die unter dem Namen Galen marschierten. Auch diese wurden angesehen als eine Intrige gegen die Bismarcksche Politik, und auch in unseren eigenen Reihen war durchaus nicht eine einheitliche Zufriedenheit über diese ganz bescheidenen Anfänge in der sozialen Gesetzgebung. Abg. Lieber in der Marinefrage das Ruder umschwenkte, war allgemeine Aufregung und Entrüstung im Lande Und doch haben wir eingesehen, daß diese Politik die richtige war. Eine der schwersten Kraftproben hat unsere Partei und Fraktion durchgemacht bei der Zollgesetzgebung 1902. Ich erinnere daran, welche Kämpfe diese Zollgesetzgebung in unseren eigenen Reihen hervorgerufen hat, besonders bei den christlichen Arbeitern, und dennoch wird niemand daran zweifeln können, daß diese Politik der mittleren Linie die Grundlage geschaffen hat für den ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung, den Deutschland von da an bis zum Weltkrieg genommen hat. Der Kolonialkampf, den Röhren und Erzberger gegen die Mißstände in unserm Kolonialwesen geführt haben, ist unter den Zentrumsanhängern draußen sehr verschieden beurteilt worden; aber es steht fest, daß der Erfolg dieses Kampfes eine Umstellung der Kolonialpolitik im Sinne der christlichen Auffassung war.

Und nun erst die Steuerreform im Jahre 1909, von der ich selbst ganz besonders ein Liedchen zu singen weiß. Es wird nicht ganz unnütz sein, wenn ich darüber ein paar Worte mehr verliere.

Nach großen Mühen war es endlich gelungen, ein Steuerkompromiß fertigzubringen. das von einer starken Mehrheit des Reichstags getragen wurde. Dann bewilligte die Haushaltskommission in der Beamtenvorlage aber 13 Millionen Mark mehr als vorgesehen. Um diese 13 Millionen mußte nun das Steuerprogramm erweitert werden. Ein Teil dieser Summe sollte auf Tabak gelegt werden, der dann von 54 auf 60 Millionen Mark Ertrag kam. Dagegen erhob sich innerhalb der Fraktion eine ganz gewaltige Opposition. Die Tabaksteuern waren ja in früheren Zeiten ein ganz besonders unangenehmes Kapitel. Das „Pfeifchen des armen Mannes" spielte dabei immer die ausschlaggebende Rolle.

Nach langwierigen Verhandlungen gelang es den Abgeordneten Müller-Fulda, Spahn und mir, die Reichsfinanzverwaltung zu bewegen, in das Tabaksteuergesetz eine Summe von 4 Millionen Mark einzustellen als Entschädigung für arbeitslos werdende Tabakarbeiter. Nach Bedarf sollte diese Summe erhöht werden können. Daraufhin entschloß ich mich, für die erhöhte Tabaksteuervorlage einzutreten, und eine große Anzahl von Mitgliedern der Fraktion schwenkte ebenfalls um. Ueber die Auswirkungen und Nachwirkungen will ich nichts Näheres sagen. Sie bilden ein interessantes Kapitel in meinem politischen Leben. In 57 Versammlungen, stets in freier Diskussion mit den Sozialdemokraten, habe ich damals die Politik der Zentrumspartei verteidigt. Und zwei Jahre später? Auch die verständlicherweise außerordentlich erbitterten christlichen Tabakarbeiter mußten mir nach zwei Jahren sagen, daß meine Politik doch die richtige gewesen sei, denn ob 54 Millionen oder 60 Millionen Tabaksteuer bewilligt würde, die Arbeitslosigkeit wäre die gleiche geblieben. Die erhöhte Tabaksteuer aber brachte die Möglichkeit, zum ersten Male in Deutschland reichsgesetzlich Arbeitslosenunterstützung zu zahlen.

Das Ergebnis dieser politischen Reminiszenzen ist, daß die Zentrumspartei stets die kritische und schwierige Aufgabe hatte, eine äußerlich undankbare und unpopuläre Politik zu machen. Sie hat es stets abgelehnt, nur Oppositionspartei zu sein, hat sich vielmehr immer leiten lassen von einem großen Maß politischen Verantwortungsbewußtseins. Und nun erst die Dinge nach dem Kriege. Es würde zu weit führen, hier auf alle einzelnen Ereignisse einzugehen. Aber jeder, der sich Mühe gibt, die Politik der Zentrumspartei nach dem Kriege zu würdigen, und zwar objektiv im Hinblick auf die furchtbaren Folgen des Weltkrieges und auf die Umstürzung aller Dinge durch die Revolution, wird zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß die Zentrumsfraktion im Interesse von Volk und Vaterland und zur Erhaltung der nationalen Einheit und Selbständigkeit so handeln mußte, wie sie gehandelt hat. Ich glaube, es wäre nicht unbescheiden, wenn wir unseren Wählern draußen im Lande das Verlangen stellen würden, sich an diesen Dingen nicht nur kritisch und nörgelnd zu ergehen, sondern auch einmal den Versuch zu unternehmen, stolz darauf zu sein, daß unsere Partei, die immer in allen Fragen das Zünglein an der Wage war, den Mut und die Opferbereitschaft aufgebracht hat, von jeder politischen Popularität abzusehen und so zu handeln, wie pflichtmäßige Erkenntnis es gebietet.

Aber ich weiß sehr gut, daß in unserer noch immer von revolutionären Erschütterungen bewegten Zeit eine größere Lust zur Kritik und zur politischen Besserwisserei besteht als früher in den ruhigen Zeiten. Die Umstellung der politischen Gedankengänge bei unseren Wählern gegenüber früher vollzieht sich erst allmählich. In der Vorkriegszeit konnte man sowohl Politik als auch Wahlpolitik so einrichten, daß man eine rhetorisch wirkungsvolle Kritik an den Staat und die ihn regierende Gesellschaft richten konnte. Das ist natürlich heute anders. Der Staat sind „wir", d. h. die Gesamtheit des Volkes, und in der Verfassung steht das Wort: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Wenn wir also heute in der demokratischen Republik den politischen Willen und die politische Verantwortung auf die breiten Schichten des Volkes gelegt haben, so muß sich auch unser Volk klar werden, daß ihm damit eine große verantwortungsvolle Aufgabe zugewiesen ist, und das katholische Deutschland — ich unterstreiche hier das Wort katholische — hat sich sehr ernst zu überlegen, was zum Schutze der christlichen Kulturideale in den Parlamenten übrig bleiben wird, wenn man die Zentrumspartei zerschlagen würde.

Ich meine, bei ruhiger Ueberlegung und klarer Erkenntnis der großen kulturpolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben, die die Zentrumspartei hat, müßte es nicht schwer sein, die alte Liebe, das alte Vertrauen und die hingebende Arbeit für die Partei wiederzugewinnen. Wir müssen lernen, unsere persönlichen Interessen und Wünsche, auch die Wünsche der Stände und Volksgruppen, den Interessen der Allgemeinheit unterzuordnen. Das zu erreichen, muß das Ziel des Parteitages sein.

Chamberlain der Französling.

Was er vergaß.

• **Berlin,** 4. Dez. Die „Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz" hält den Ausführungen Chamberlains über die juristische Seite der Räumungsfrage das bekannte Protokoll der „Großen Drei" vom 17. Juni 1919 entgegen, worin erklärt wird, daß die verbündeten Mächte die Erhaltung der militärischen Besetzung bis zur vollständigen Erfüllung aller Reparationsbestimmungen nicht gefordert haben, weil sie der Ansicht gewesen seien, daß Deutschland dazu genötigt sein werde, vor dem Ablauf der Frist von 15 Jahren die Beweise guten Willens und die notwendigen Garantien zu geben. Solche Garantien, fährt die „Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz" fort, sind, und zwar gerade für die Reparationsverpflichtungen, in einer unanzweifelbaren und unantastbaren Form und in einem Ausmaß durch das Dawesabkommen gegeben worden, wie man das bei Abfassung des Artikels 429 oder des erwähnten Schreibens der drei alliierten Staatsmänner noch nicht einmal ahnen konnte. Demgemäß ist die Ansicht der konsultierten Juristen, einschließlich der Mehrzahl der englischen Kronjuristen, eine der Chamberlainschen These, der alten Behauptung der französischen Nationalisten, durchaus entgegengesetzte. Und erst am 8. vor. Mts. hat der britische Schatzkanzler Churchill im Gegensatz zu dieser Chamberlainschen Auffassung an der gleichen Stelle formell erklärt, als er gefragt wurde, ob die Reparationsregelung mit der Räumung des Rheinlandes verknüpft sei: „Nein, das ist eine getrennte und auch wünschenswerte Angelegenheit". In diesem Falle kann man die Darlegungen des britischen Außenministers nur auf das allerentschiedenste zurückweisen, wie dies die englische Presse übrigens schon getan hat. Bei Aufrechterhaltung einer solchen Auffassung würde man gegen den Wortlaut des Vertrages, gegen seine eigene Interpretation durch seine Urheber, gegen die Ansicht der meisten Juristen, gegen den Sinn aller Garantien und Verträge der letzten fünf Jahre den Vorwand nicht nur für die Aufrechterhaltung, sondern auch für eine Verlängerung der Rheinlandbesetzung auf Jahrzehnte finden. Wenn es der Zweck dieser Erklärung gewesen sein sollte, auf die Reichsregierung einen Druck in der Reparationsfrage auszuüben, so sei schon jetzt festgestellt, daß diese es kategorisch ablehnen wird, irgendwelche Konzessionen in dieser Frage unter dem Druck der Räumungsfrage zu machen.

Englische Kritik.

◇ **London,** 4. Dez. „Daily Expreß" schreibt in einem Leitartikel: Sir Austen Chamberlain hat gestern die Rheinlandräumung vom rechtlichen und vom politischen Standpunkt behandelt. Wenn man bedenkt, daß Deutschlands Reparationsverpflichtungen, von denen Chamberlain sprach, niemals voll formuliert worden sind, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß es sie noch nicht erfüllt hat. Nach dieser Methode ist keine Aussicht darauf, daß sich die Lage in den nächsten 50 Jahren ändert. Wir werden dieses Problem niemals lösen, solange wir es im Geiste von Advokaten behandeln. Chamberlain hat auf viel festerem Grunde gestanden, als er wiederholte, daß die britische Regierung eine baldige Räumung ohne Rücksicht auf formale Rechte begrüßen würde, aber der einzige Weg zur Räumung besteht darin, daß man die Truppen zurückzieht.

★

Die Opposition setzt ein.

× **London,** 4. Dez. Wie in den Wandelgängen des Unterhauses verlautet, hat sich die Arbeiterpartei heute in einer Fraktionssitzung mit der gestrigen Erklärung Chamberlains zur Reparationsfrage befaßt. Sie beabsichtigt inzwischen auch im Unterhaus die Frage weiter zu verfolgen. Morgen wird während der den Anfragen eingeräumten Zeit die Regierung gefragt werden, ob die britische Regierung der Ansicht sei, die Räumung des Rheinlandes müsse davon abhängen, ob Deutschland der Regelung der Reparationsfrage zustimme. Weiterhin soll die Regierung gedrängt werden, sich darüber zu erklären, ob sie irgend eine Mitteilung von Seiten der französischen Regierung erhalten habe, bevor die Erklärung abgegeben worden sei, die besage, daß nach Ansicht der Alliierten lediglich die Inkraftsetzung eines durchführbaren Planes, der einen Fortschritt in der Richtung der Liquidierung der deutschen Reparationen darstelle, die Beseitigung der Kontrolle im Rheinland zu rechtfertigen vermöge. Weiterhin beabsichtigt man, wie es heißt, in Kreisen der Arbeiterpartei die Aufmerksamkeit der Regierung auf die von Präsident Wilson, Lloyd George und Clemenceau unterzeichnete Erklärung zur Erläuterung des Artikels 431 des Versailler Vertrages zu richten. Es ist wahrscheinlich, daß die Opposition in Verfolgung dieser Angelegenheit noch weitere Schritte unternehmen wird, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Arbeiterpartei einen auf dieses Thema bezüglichen Antrag im Unterhaus einbringen wird. Obwohl in der Zeit bis Weihnachten die parlamentarischen Geschäfte drängen, bietet sich doch ein oder zwei Mal eine Gelegenheit, bei der ein solcher Antrag zur Debatte gestellt werden könnte. Wahrscheinlich wird die Frage zum ersten Mal im Oberhaus erörtert werden, da, wie man glaubt, die der Arbeiterpartei angehörenden Peers sich mit der Absicht tragen, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen.

Ein furchtbares Flugzeugunglück.

17 Todesopfer.

÷ **Rio de Janeiro,** 3. Dez. Das Wasserflugzeug „Santos Dumont" stürzte über der Bucht von Rio de Janeiro ab. Alle Insassen wurden getötet. An Bord des Flugzeuges befand sich das Empfangskomitee für die Begrüßung des brasilianischen Fliegers Alberto Santos Dumont. — Havas berichtet aus Rio de Janeiro, daß 14 Personen tödlich verunglückt sind, von denen bisher 11 geborgen werden konnten. Nach einer anderen Meldung sind 17 Personen zu Tode gekommen.

Ein Augenzeuge berichtete, daß das Flugzeug in einer Höhe von etwa 100 Metern in Gefahr kam, mit einer anderen Maschine zusammenzustoßen. Der Führer riß das Steuer herum, wobei infolge der außerordentlichen Belastung ein Flügel des Flugzeuges abbrach. Der Absturz war unvermeidlich. Beim Aufschlagen aufs Wasser ereignete sich dann die Explosion. Nur der Mechaniker konnte lebend geborgen werden, verstarb aber auf dem Transport ins Krankenhaus. Die Festlichkeiten zu Ehren des brasilianischen Luftpioniers Santos Dumont, zu deren Teilnahme das verunglückte Flugzeug eine Anzahl führender Persönlichkeiten nach Rio bringen wollte, sind infolge des Unglücks auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Das Steuervereinheitlichungsgesetz

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 4. Dez. (Drahtb.)

Dem Reichstag ist nunmehr der Entwurf eines Steuervereinheitlichungsgesetzes zugegangen. Bekanntlich hat der Entwurf der Reichsregierung im Reichstag bei mehreren sehr wichtigen Bestimmungen den Widerstand des Reichsrates hervorgerufen und dieser hat die Vorschläge der Reichsregierung in mehreren Punkten abgeändert. In drei Fällen ist eine Uebereinstimmung zwischen Reichsregierung und Reichsrat nicht erzielt worden. In diesen drei Punkten wird die Reichsregierung, wie sie seinerzeit ankündigen ließ, dem Reichstag eine Doppelvorlage zugehen lassen. Im Gewerbesteuerrahmengesetz besagt die Vorlage der Reichsregierung, daß von der Gewerbesteuer die Reichspost, die Monopolverwaltung des Reiches, die staatlichen Lotterieunternehmungen und die Deutsche Reichsbahngesellschaft befreit sind. Der Reichsrat hat jedoch den Kraftwagenverkehr der Reichspost ausgenommen. Die beiden anderen Doppelvorlagen betreffen das Steueranpassungsgesetz.

Als scharfer Gegner des Steuervereinheitlichungsgesetzes, dessen Vater bekanntlich der frühere Reichsfinanzminister Dr. Köhler ist, hat sich die Bayerische Volkspartei auf ihrem Parteitag am letzten Sonntag ausgesprochen. Ein zur Annahme gelangter Antrag ersucht alle Instanzen der Partei, gegen das Gesetz mit allen Mitteln Stellung zu nehmen. Sonach ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß sich im Reichstag die Bayerische Volkspartei gegen die Regierung wenden wird.

Vor Severings Schiedsspruch.

◇ **Essen,** 4. Dez. Reichsinnenminister Severing ist heute hier mit Vertretern des Deutschen Metallarbeiterverbandes und in Duisburg mit den Christlichen Metallarbeitergewerkschaften in Fühlung getreten. Nachmittags fand in Düsseldorf eine Besprechung mit dem Generaldirektor Dr. Poensgen statt. Der Innenminister wird, wie gemeldet, daraufhin morgen nach Berlin zurückkehren. Man nimmt an, daß er im weiteren Verlauf seiner Prüfungsarbeiten die Parteien nochmals einzeln und später gegebenenfalls gemeinsam zu Besprechungen laden wird. Heute nachmittag fand eine Besprechung der freien Gewerkschaften in Essen statt, in der die Richtlinien für die Verhandlungen mit Severing festgestellt werden sollen. Wie aus christlichen Gewerkschaftskreisen bekannt wird, wurden während der Aussprache die Punkte des zu fällenden Spruches nicht unmittelbar behandelt. Anscheinend habe, so heißt es, Innenminister Severing aus den gestrigen Besprechungen mit Generaldirektor Vögler und aus der heutigen Aussprache mit den Vertretern dieser beiden Metallarbeiterverbände den Eindruck gewonnen, daß die zu behandelnde Materie für den in Zukunft zu fällenden Spruch außerordentlich schwierig ist. Deshalb ist anzunehmen, daß eine Entscheidung durch Severing in allernächster Zeit noch nicht erfolgen kann.

★

Arbeitslosenunterstützung für die nichteingestellten Arbeitnehmer.

× **Essen,** 4. Dez. In der Frage der Weiterunterstützung für die ausgesperrten Arbeitnehmer im Bezirk der Gruppe Nordwest bis zu der Zeit, in der die erste Lohnzahlung wieder einsetzt, hat die Reichsversicherungsanstalt folgende Entscheidung getroffen: „Da naturgemäß die Aufhebung der Aussperrung durch den Arbeitgeberverband Nordwest zunächst nur die Wiedereinstellung eines Teiles der Belegschaften bedeuten kann, ist es unausbleiblich, daß ein großer Teil der Ausgesperrten erst nach Ablauf einer gewissen Zeit die Arbeit wieder aufnehmen kann. Diese Arbeitnehmer werden, soweit sie eine Dauer von zum mindesten sieben Tagen ausgesperrt waren, in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen. Für die Arbeiter, die weniger als sieben Tage ausgesperrt waren, tritt die Aufnahme in die Arbeitslosenversicherung am siebenten Tage ihrer Arbeitslosigkeit automatisch ein."

Der russische Staatshaushalt.

× **Moskau,** 3. Dez. Dem Zentralexekutivkomitee wurde heute der Staatshaushalt der Sowjetunion vorgelegt, der auf 7 700 Millionen Rubel, also um eine Milliarde mehr als im Vorjahre, veranschlagt ist. An Steuereingängen sind 3 803 Millionen Rubel und an sonstigen Einnahmen 2 976 Millionen Rubel vorgesehen. Die Ausgaben werden auf 7 650 Millionen Rubel, d. h. um 1 250 Millionen Rubel mehr als im Vorjahre, veranschlagt. Dem staatlichen Reservefonds werden 59 Milli-

onen Rubel überwiesen. Für die Industrie sind 939 Millionen, oder 48 Prozent mehr als im Vorjahre und für die Landwirtschaft 468 Millionen, oder 86 Prozent mehr als im Vorjahre bestimmt. Die Ausgaben für Landesverteidigung betragen 840 Millionen (im Vorjahre 742 Millionen). Die Zunahme der Ausgaben für das Militärwesen sei darauf zurückzuführen, daß die Lebensbedingungen der Heeresangehörigen und die Aufklärungsarbeit verbessert werden sollen. Die Einnahmen aus inneren Staatsanleihen seien auf 800 Millionen, d. h. 52 Prozent mehr als im Vorjahre, berechnet. Die innere Staatsschuld betrug am 1. Oktober 1928 1300 Millionen Rubel.

Die Notlage der Landwirte und Winzer.

Abschluß der Reichstagsdebatte in siebenstündiger Sitzung.

▲ **Berlin**, 4. Dezember.

Der Reichstag setzte heute die Aussprache über die Not der Landwirtschaft fort.

Abg. Freybe (W. P.) vertrat die Ansicht, die Not der Landwirtschaft sei eine Folge der verkehrten Wirtschaftspolitik, die seit der Staatsumwälzung getrieben worden sei. Das zollfreie Gefrierfleischkontingent müsse vollkommen aufgehoben werden unter allgemeiner Herabsetzung des bestehenden Zollsatzes. Die Landwirtschaft könne nur gemeinsam mit dem Mittelstand an der Behebung ihrer Notlage arbeiten.

Abg. Tantzen (D.) meinte, der deutschen Landwirtschaft könne nur geholfen werden, wenn die Landwirte sich selbst verständigen und über die Parteigrenzen hinweg die Landwirtschaftspolitik nach rein sachlichen Gesichtspunkten treiben. Man dürfe nicht klein gegen groß, Norden gegen Süden, Pächter gegen Verpächter ausspielen wollen. Andererseits müsse die Landwirtschaft einsehen, daß sie nicht isoliert vorgehen, sondern nur in Verbindung mit allen anderen Wirtschaftsgruppen vorwärtskommen kann. Alle landwirtschaftlichen Produkte seien unter dem Preisniveau der übrigen Waren, nämlich weit unter den sonst üblichen 150 bis 160 Prozent der Vorkriegspreise. Das Siedlungswesen sollte statt dem Arbeitsministerium dem Landwirtschaftsministerium unterstellt werden. Der Landwirtschaft sei nicht allein, nicht einmal im wesentlichen mit Zöllen zu helfen. Solange aber an den europäischen Grenzen die zum Unheil Europas um 13 000 Kilometer verlängert worden seien, noch Zölle bestehen,

könne Deutschland nicht eine Oase der Zollfreiheit bilden.

Allzu pessimistisch sei die landwirtschaftliche Verschuldung nicht anzusehen. Die deutsche Landwirtschaft sei in der Lage, die Zinsen zu tragen, wenn der Staat ihr entgegenkomme. Der Finanzminister sollte verzichten auf die jetzt von den kleinen Bauern aufgebrachten 60 Millionen Einkommensteuer, sie lohnten nicht die Erhebungskosten.

Abg. Dr. Horlacher (B. Vpt.) wies auf die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft hin, die sich in einer Massenerzeugung äußere, die allein an Vieh, Fleisch und Speck über neun Milliarden Mark jährlich beträgt. Die Produktionshöhe der Landwirtschaft müsse gesteigert werden im Interesse unserer Handelsbilanz. Eine Aktivierung unserer Handelsbilanz könne nur dadurch kommen, daß das deutsche Volk unter innerem Zwang wieder den heimischen Erzeugnissen den Vorzug gebe. Ein Getreidemonopol wäre für die Landwirtschaft gefährlich.

Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.): Man spricht immer von der Not der Landwirtschaft, die erkennen wir bedingt an, wenden uns aber gegen Uebertreibungen. Die Statistik, die von der Enquetekommission veröffentlicht wurde, stürzte sich auf Material, das vom deutschen Landwirtschaftsrat geliefert wurde und das sich überall da, wo man es nachprüfen konnte, als fehlerhaft herausstellte. Die deutschen Arbeiter glauben einfach nicht mehr an diese Milchmädchenrechnungen. Man kann nicht Jahrzehnte lang behaupten, daß man in jedem Jahre 15 bis 20 Prozent von der Substanz zusetzt. Große Spekulationsgewinne wie in Industrie und Handel werden in der Landwirtschaft nicht gemacht. Aber es trifft nicht zu, daß die Landwirte ihren Lebensunterhalt nicht finden könnten. Durch die Bauerndemonstrationen lassen wir uns nicht verblüffen. Die Sozialdemokratie stimmt für einen höheren Zuckerzoll unter der Bedingung, daß dadurch der Zucker für den Verbraucher nicht verteuert wird. Wir sind für ein Getreidemonopol, um eine Stabilisierung der Preise zu erreichen. Wenn der Präsident des deutschen Landwirtschaftsrats, Dr. Brandes, sogar für ein Viehmonopol eintritt, dann treten wir Sozialdemokraten diesem Vorschlag unseres politischen Gegners bei. In Ostpreußen ist allerdings ein erheblicher Teil der landwirtschaftlichen Betriebe in großer Notlage. Für diese beantragen wir den gemischt wirtschaftlichen Betrieb. Wir verlangen die Beseitigung der Futtermittelzölle.

Reichsernährungsminister Dietrich beantwortete dann die Interpellationen zu

Gunsten des Weinbaues. Er wies darauf hin, daß die Finanzämter von sich aus nach Eingehen der ersten Nachrichten über die Frostschäden bereits Steuererleichterungen gewährt hätten. Wegen geringen Einkommens und Vermögens seien

die Winzer von den Reichssteuern großen Teils überhaupt befreit.

Die Zinsen der Winzerkredite wurden gestundet. Um für die Zukunft große Frostschäden nach Möglichkeit auszuschließen, sei im Einvernehmen mit den Ländern ein Ausschuß eingesetzt worden, dem die Bearbeitung aller die Frostabwehr betreffenden Fragen obliegt. Ich bin bereit, die Wege zum

Zusammenschluß der Winzer in Genossenschaften

ebnen zu helfen und werde den Rest des Weinsteuerdrittels, der mir in Höhe von 500 000 Mark noch zur Verfügung steht, zu diesem Zweck verwenden. Der Minister ersuchte weiter um Ablehnung des Antrags der Wirtschaftspartei auf Aenderung der Gefrierfleischverteilung. Bei Annahme des Antrags würden die Fleischer nur ein Fünfhundertstel ihres Fleischverbrauchs mehr erhalten. Die angeregte Erhöhung der Getreidezölle würde nach dem Ergebnis der Preisstatistik die erwartete Wirkung auf die Getreidepreise nicht haben. Die Subventionspolitik müsse aufhören. Man könne es aber kaum Subventionen nennen, wenn Kredite gegeben werden zu Zinssätzen, die die Landwirtschaft nicht zahlen kann. Daß Demonstrationen keinen Zweck haben, werden die verständigen Landwirte schon eingesehen haben. Es ist auch richtig, daß die Arbeit für die Landwirtschaft ungeheuer erschwert wird, wenn durch Reden auf dem Lande die städtische Bevölkerung verletzt und beleidigt würde. Wir wollen gemeinsam in sachlicher Weise an der Abstellung der landwirtschaftlichen Notstände arbeiten.

Abg. Drewitz (W. P.) beantragte, mit Rücksicht auf die schwache Besetzung des Saales die Weiterberatung zu vertagen.

Auf die Alarmsignale des Präsidiums kommen die Abgeordneten aus der Wandelhalle in den Sitzungssaal.

Präsident Loebe verwies auf den Beschluß des Aeltestenrats, die Aussprache heute zu Ende zu führen.

Der Vertagungsantrag wurde abgelehnt.

Abg. Haag (D. N.) besprach die Notlage der Winzer. Der deutschnationale Antrag auf Hinausschiebung des Rückzahlungstermins der Reichswinzerkredite sollte schon heute angenommen und nicht dem Ausschuß überwiesen werden.

Nach weiterer Aussprache wurden die meisten der vorliegenden Anträge teils dem volkswirtschaftlichen Ausschuß, teils dem Haushaltungsausschuß, dem Steuerausschuß, dem Ostausschuß oder dem Ausschuß für das landwirtschaftliche Notprogramm überwiesen.

Sofort angenommen wurde ein Zentrumsantrag, der eine Erleichterung der Belastung der Landwirtschaft durch Rentenbankzinsen fordert, ebenso ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der bei der Einziehung von Reichssteuern Rücksichtnahme auf die katastrophale Lage der ostpreußischen Landwirtschaft verlangt. Weiter ein Zentrumsantrag, der vorbeugende Maßnahmen gegen die Einfuhr ausländischer Lebensmittel wünscht.

Hebung der Geflügelzucht, Anschluß der Lohndreschereien an die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, einheitlichere Viehseuchenbekämpfung und schnellere Veröffentlichung der Viehzählungsergebnisse sind die Forderungen weiterer Anträge der Deutschen Volkspartei, die sofort angenommen wurden. Ein ferner angenommener Antrag der Deutschnationalen ersucht um schleunige Vorlegung des Berichts über die Gesundheitsverhältnisse der Landarbeiterinnen und über die Säuglingssterblichkeit in den Landarbeiterfamilien.

In namentlicher Abstimmung wurde ein

kommunistischer Antrag auf Erhöhung des zollfreien Gefrierfleischkontingents um 100 000 Tonnen mit 213 gegen 186 Stimmen bei sechs Enthaltungen abgelehnt.

Für den Antrag haben mit den Antragstellern auch die Sozialdemokraten gestimmt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung des Kontingents um 70 000 Tonnen wurde gleichfalls abgelehnt, ebenso der Antrag der Wirtschaftspartei auf andere Verteilung des Kontingents.

Um 8,30 Uhr vertagte sich das Haus nach fast siebenstündiger Sitzung auf Dienstag, den 11. Dezember.

Briand über Locarno.

Deutschfeindliche Reden in der französischen Kammer.

× **Paris**, 4. Dez. Die Kammer begann heute vormittag die Beratung des Budgets des Außenministeriums. Abg. Loulier (Gruppe Marin) erläuterte den Bericht über diesen Budgettitel, wobei er die Stellen hervorhob, die sich

gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland

richten. Er forderte die Revision des Betrages der Schulden Frankreichs, sowie Aufrechterhaltung der Besetzung des Rheinlandes als Zahlungs- und Friedensgarantie. Im Namen der radikalen Partei sprach der frühere Unterrichtsminister Francois Albert. Er beschwört Briand, der das Westlocarno verwirklicht habe, jetzt ein Ostlocarno zu schaffen, da

Deutschland noch immer Pläne schmiede,

sei es hinsichtlich des Anschlusses Oesterreichs, der Beseitigung des Danziger Korridors oder Schlesiens. Es liege eine Gefahr darin, daß man Berlin zum Zentrum der Kräfte gemacht habe, die sich früher auf das österreichisch-ungarische Reich verteilten. Er befürchte, daß der Versailler Vertrag, der den Anschluß Oesterreichs an Deutschland verhindern sollte, wie ein Spinnetz zerreißen könnte. Briand wendet ein, er habe vor einer Versammlung, auf der 52 Nationen vertreten waren, darauf hingewiesen, daß darin eine ernste Bedrohung für den Frieden liegen würde und eine ungeheuere Mehrheit der Versammlung habe seinen Worten zugestimmt. Francois Albert erklärt darauf, diese Bedrohung sei tatsächlich vorhanden, zumal

in Deutschland nicht nur die Alldeutschen für den Anschluß seien, sondern sogar der deutsche Sozialismus,

der, obwohl er eine große Friedenspartei sei, in dieser Frage geteilter Ansicht sei. Briand erklärt, er sei überzeugt, daß man deutscherseits die Rücksicht auf den Frieden über alle anderen Erwägungen stellen werde. François Albert äußert dann die Befürchtung, daß vielleicht

die Politik des Vatikans den Anschluß Oesterreichs an Deutschland günstig beurteilen könnte,

um einen katholischen Block in Mitteleuropa zu schaffen. Briand wendet ein: Wie würde der Heilige Stuhl gleichmütig das Verschwinden eines Landes wie Oesterreich mit ansehen können, das vom katholischen Standpunkt gesehen eine unvergleichliche mystische Kraft darstellt? Francois Albert erklärt, die Politik des Heiligen Stuhles könne zwar widerspruchsvoll erscheinen, aber sie könne sehr wohl in einem doppelten Spiel bestehen. Nicht nur die katholischen Zeitungen in Deutschland sprechen sich günstig für den Anschluß aus, sondern auch die Protestanten. Francois Albert appelliert an die französischen Sozialisten,

sie möchten die deutschen Sozialisten dazu bringen, auf den Anschlußgedanken zu verzichten.

Briand erklärt: Das Recht, als Nation zu verschwinden, sei ein Ausnahmerecht, und wenn innerhalb der Nation lediglich ein Zehntel als Volk weiterleben wolle, dann könnte das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht diesem Lebenswillen entgegentreten. Francois Albert fordert zum Schluß Briand auf, alle diplomatischen Waffen zu benutzen, um den Anschluß zu verhindern, den vor allem Italien nicht hinnehmen könne, und der die fürchterlichsten Kriegsgefahren schaffen würde.

★

„Die deutschen Wünsche sind erfüllt."

▲ **Paris**, 4. Dez. In der Nachmittagssitzung der Kammer wurde die Beratung über das Budget des Außenministeriums fortgesetzt. Im Namen der sozialistischen Fraktion nahm der Abgeordnete Bracke das Wort. Frankreich müsse sich dafür einsetzen, alle Streitigkeiten zum Verschwinden zu bringen, und deshalb seien er und seine politischen Freunde für die Räumung des Rheinlandes. In dieser Hinsicht müsse er erklären, daß

die Politik des Ministers des Aeußern ihn vollkommen enttäuscht

habe. Er müsse insbesondere daran erinnern, daß der französische Außenminister Deutschland vorgeworfen habe, es sei wegen seiner industriellen Macht eine Gefahr für den Frieden. Man müsse am Frieden verzweifeln, wenn man ihn nur unter der Bedingung herstellen zu können glaube, den wirtschaftlichen und industriellen Aufschwung aller Nationen zu verhindern. Als Minister Briand hier einwarf, er habe das niemals gesagt, erwiderte Bracke: Sie haben das alles dem deutschen Reichskanzler Hermann Müller in Genf vorgehalten. Der Abgeordnete sagte dann weiter: Die in Deutschland

gegen den Bau eines Panzerkreuzers

aufgekommene Opposition beweist, daß jenseits des Rheins ernstzunehmende Kräfte bestehen, auf die man sich stützen kann, um schädliche Kräfte zu bekämpfen.

Darauf ergriff Minister des Aeußern Briand das Wort. Er führte aus: Bracke hat eine tendenziöse

Kritik an meiner Rede in Genf

geübt. Eine gewisse Propaganda hatte die Deutschen dahin gebracht, anzunehmen, es wäre möglich, schon jetzt Dinge zu erzielen, die eben noch nicht erzielt werden können. Meine Rede hat einen Pressesturm in Deutschland hervorgerufen; aber schon einen Tag, nachdem ich sie gehalten hatte, ist die Kaltblütigkeit in Genf wieder zur Geltung gekommen. Verhandlungen sind eingeleitet worden, und ich habe mit Reichskanzler Müller Auge in Auge gesprochen. Ich hatte nicht den Eindruck, daß der Reichskanzler jede Hoffnung verloren hatte, und es schien mir auch nicht, daß er außerordentlich verzweifelt gewesen ist. Im übrigen darf man meiner Genfer Rede nicht den Sinn geben, den sie nie gehabt hat. Ich habe nur geantwortet, weil

der Reichskanzler mit viel Mäßigung nichts weniger gesagt habe, als daß Briand eine doppelseitige Politik betreibe.

Die gesamte deutsche Presse sagte am anderen Tage: Nun hat Frankreich endlich die Worte gehört, die man sagen mußte.

Briand spricht alsdann

von der Locarnopolitik.

In Deutschland habe man erklärt, sie habe bankerott gemacht, während sie tatsächlich einen Erfolg erzielt habe. Man habe den Pakt von Locarno etwa so dargestellt, wie den Hut eines Zauberers, aus dem man alle möglichen Gegenstände hervorholen könne. Er habe volle Hoffnung zu dem Pakt von Locarno, den Frankreich gewissenhaft respektiert habe. Keinerlei Bedingung sei vor dem Abschluß gestellt worden, und als Reichskanzler Dr. Luther ihm im Laufe der Verhandlungen ein Memorandum über die deutschen Wünsche unterbreiten wollte, habe er es nicht in Empfang genommen, damit er keine Verpflichtungen übernehme, die er nicht halten könnte. Jetzt aber, nachdem er nach der Unterzeichnung Kenntnis von den deutschen Wünschen genommen habe, müsse er erklären, daß diese Probleme in ihrer Gesamtheit durchgeführt worden seien und daß Frankreich nach dem Pakt von Locarno

alle deutschen Wünsche erfüllt

habe. Es sei im Rheinland ein Regime errichtet worden, das nicht mehr denselben Charakter trage wie früher. Kein gutgläubiger Mensch könne dies ableugnen. Deutschland habe aus Locarno einen großen Nutzen gezogen, der viel größer sei, als es ihn vor den Verhandlungen über den Pakt erwartet habe. Als der Reichskanzler in Genf den Wunsch ausgesprochen habe, Verhandlungen mit Frankreich über das Rheinland einzuleiten, habe sich Frankreich zu diesen Verhandlungen bereiterklärt. Aber man habe nicht vergessen dürfen, daß Frankreich nicht allein sei und nicht das Recht habe, isoliert diese Frage zu diskutieren. Die Vertreter der Alliierten seien zusammengetreten, und Reichskanzler Müller habe zu ihnen gesagt:

Deutschland hat das Recht, die sofortige Rheinlandräumung zu fordern.

Frankreich und England haben darauf mit dem Vertrage in der Hand geantwortet: Das ist nicht richtig, Deutschland hat dieses Recht nicht. Die Lage schien hoffnungslos zu sein; aber es gibt eben keine diplomatische Lage, aus der man nicht herauskommen kann. Briand spricht alsdann von den in Genf zwischen den sechs Mächtevertretern getroffenen Abmachungen und fährt fort: Wenn die Deutschen, wie wir, aufrichtig den Frieden wünschen, wenn sie alle Reibungsmöglichkeiten, die noch zwischen uns bestehen, beseitigen wollen, dann sage ich: Eine Lösung ist möglich. Es genügt aufrichtig zu wollen, und das Ziel wird erreicht werden. Briand spricht alsdann von der

Einsetzung militärischer Kontrollkommissionen.

Es handele sich hier nicht um eine Militärkontrolle im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Militärkontrolle sei durch den Vertrag von Versailles vorgesehen und wenn ein Land sie nicht verstärkt wissen wolle, so gewiß Frankreich, weil es der Ansicht sei, daß sie für beide Länder erniedrigend sei. Etwas anderes sei die in Locarno vorgesehene Kontrolle, die auf

die Schaffung auf Ausgleichsausschüssen

abziele, die in der Lage wären, die Schwierigkeiten zu lösen, die zwischen beiden Ländern entstehen könnten, ohne daß sie vor den Völkerbund gebracht werden würden. Das wäre ein Ziel, das man zu erreichen wünschen müsse. Nachdem Briand alsdann einige Bemerkungen über die Vorteile einer derartigen Kontrolle und einer endgültigen und definitiven Liquidierung der Kriegsschulden gemacht hatte, äußerte er sich

über die Abrüstung.

Gewiß bringe Locarno eine Sicherheitsgarantie mit sich, der Vertrag von Versailles auch. Aber die Verhandlungen würden langwierig und schwierig sein und zwar umsomehr, als im Völkerbund zur Erreichung eines Ergebnisses die Einstimmigkeit aller Mitglieder notwendig sei. Briand beschäftigt sich dann kurz mit der Abrüstung zur See und dem

französisch-englischen Flottenkompromiß,

sowie den französisch-italienischen Beziehungen und beantwortet schließlich die Ausführungen des radikalen Abgeordneten François Albert über die Anschlußfrage. Man könne den Anschluß nicht durchführen, ohne Zustimmung des Völkerbundes. Die Nationen vor eine vollendete Tatsache zu stellen, wäre ein ernster Akt. Eine Ueberraschung dieser Art könne Rückwirkungen auf die Aufrechterhaltung des Friedens haben. Wenn es auch berechtigt sei, wie man das ja getan habe,

vom Selbstbestimmungsrecht der Völker

zu sprechen, so habe man niemals das Selbstmordrecht der Völker ins Auge gefaßt. Wenn in einem Lande neun Zehntel der Bevölkerung es auf den Selbstmord abgesehen habe und als Nation verschwinden wolle und wenn nur ein Zehntel der Bevölkerung diesen Gedanken ablehne und an den Traditionen festhalten wolle, donn habe man nicht das Recht, dieses eine Zehntel zu zwingen, den anderen zu folgen. Briand appellierte schließlich an das europäische Gewissen des österreichischen Volkes, damit es nicht unter Verkennung der gegenüber dem Völkerbund und gegenüber den zivilisierten Nationen übernommenen Verpflichtungen den Weltfrieden störe.

Als Briand seine Rede beendet hat, wird er von den anwesenden Ministern und fast von der gesamten Kammer beglückwünscht.

Das Befinden des Königs von England.

Eine Kommission zur Stellvertretung des Königs.

+ **London**, 4. Dez. „Daily Mail" meldet: Da die Unterzeichnung von Staatsdokumenten durch den König infolge seiner Erkrankung nicht vollzogen werden kann, ist beschlossen worden, eine Kommission zu ernennen, die für ihn handeln soll. Dieser Kommission wird wahrscheinlich der Lordkanzler, der Erzbischof von Canterbury der Herzog von York und der Premierminister und der Vorsitzende des Geheimen Staatsrats, Lord Balfour, angehören. Das Blatt bemerkt dazu, daß zum letzten Mal im März 1925, als der König eine Erholungsfahrt im Mittelmeer antrat, eine solche Kommission eingesetzt wurde. Hätte der König diesmal einer Sitzung des Geheimen Staatsrats beiwohnen können, so würde er selbst die Einsetzung der Kommission genehmigt haben. Es ist aber ausdrücklich bestimmt, daß eine solche Kommission auch durch ein besonderes Dokument, das mit dem großen Siegel, welches vom Lordkanzler aufbewahrt wird, versehen ist, gebildet werden kann.

Unveränderter Zustand.

= **London**, 4. Dez. Das heute vormittag 10,30 Uhr ausgegebene Bulletin besagt, der König habe eine ruhigere Nacht verbracht, jedoch müsse die Besorgnis wegen der Herztätigkeit andauern. Die gestern abend festgestellte Besserung habe sich bisher in zufriedenstellender Weise behauptet.

Vermischte Nachrichten.

Nebel auf der Unterelbe.

÷ **Hamburg**, 4. Dez. Infolge des dichten Nebels, der seit 9 Uhr früh im Hafen und auf der Unterelbe herrscht, ist die Schiffahrt völlig ins Stocken geraten. Das Verholen der Dampfer mußte eingestellt werden. Einige ausgelaufene Schiffe sind wieder vor Anker gegangen. Der Nebel ist so stark, daß die im Hafengebiet verkehrenden Straßenbahnen mit Beleuchtung fahren müssen.

Ein Wiener Rechtsanwalt nach Betrügereien nach Amerika geflüchtet.

• **Wien**, 3. Dez. Einer Meldung der Wiener „Sonn- und Montagszeitung" zufolge ist der Wiener Rechtsanwalt Dr. Severin Haberfeld nach Verübung verschiedener Betrügereien nach Südamerika geflüchtet. Die „Stunde" berichtet dazu ergänzend, daß Haberfeld während einiger Zeit der Vertrauensmann Bruno Scherls, des Sohnes des verstorbenen Verlegers August Scherl in Berlin, war und für ihn verschiedene Darlehen vermittelte.

Zusammenstoß zwischen Eisenbahn und Auto.

× **Tunis**, 4. Dez. Ein mit sechs Personen besetztes Auto wurde 20 Kilometer von Sfax entfernt von dem Schnellzug Tunis—Sfax erfaßt und zertrümmert. Die sechs Insassen fanden den Tod.

Blutiger Zusammenstoß mit albanischen Banden.

× **Belgrad**, 4. Dez. Bei Prisren ist es gestern zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen albanischen Katschaken und südslawischer Gendarmerie gekommen. Es sollen im ganzen 17 Katschaken getötet worden sein. Mehrere Gendarmen wurden verletzt. Nach Meldungen der hiesigen Blätter soll es sich um die Bande des Katschakenführers Salkowitsch handeln.

Eine sensationelle Berliner Vergiftungsaffäre.

Die Staatsanwaltschaft wird eingreifen.

:: **Berlin**, 3. Dez. Die Vergiftungsangelegenheit des Filmregisseurs Brink-Jacoby, der Filmschauspielerin Elga Brink und ihres Schwagers Hauptmann Klever aus Elberfeld wird immer rätselhafter. Während man, wie wir bereits berichteten, bisher angenommen hatte, daß der Magnetopath „Dr. Müller" Jacoby und seinen Freunden das gefährliche Pulver verabreicht habe, verwickeln sich die Betroffenen jetzt in allerlei Widersprüche in der offenbaren Absicht, Dr. Müller in Schutz zu nehmen. Das Befinden der Vergifteten hat sich erfreulicherweise weiter gebessert, sodaß am Dienstag die Kriminalpolizei die Betroffenen wird vernehmen können.

Die behandelnden Aerzte haben schon am Montag nachmittag mit dem Regisseur Brink und Frau Brink über den Fall selbst sprechen können, sind aber durch ihre ärztliche Schweigepflicht derart gebunden, daß sie selbst den Beamten der Kriminalpolizei, die die Adresse des sogenannten Dr. Müller feststellen wollten, die Aussage verweigern mußten, obgleich hier ein Tatbestand vorliegt, der von der Staatsanwaltschaft mit großer Wahrscheinlichkeit energisch verfolgt wird.

Soweit sich bisher feststellen ließ, haben Jacoby und auch Elga Brink die Erklärung abgegeben, daß der Magnetopath Müller, der von seiner Klientel mit „Doktor" und sogar mit „Professor" angeredet wird, ihnen das geheimnisvolle Pulver nicht selbst verabreicht habe. Sie ließen jedoch dabei durchblicken, daß der Assistent Müllers ihnen das Medikament gegeben habe.

Nach dem bisherigen Verlauf der Untersuchung scheint sich zu ergeben, daß das Kräftigungspulver ein chemisches Präparat gewesen ist, aus dem in den Apotheken das spanische Zugpflaster hergestellt wird.

Dr. Müller hat im Westen Berlins seine „Seelensprechstunde", zu der nicht nur zahlreiche Künstler, sondern in erster Linie viele Frauen zu kommen pflegen. Müller hat ein System, das sich im Grunde genommen auf dem Coueismus aufbaut. Er leitet seine Heilungen in den Sitzungen, an denen mitunter bis zu 10 Personen teilnehmen, mit einem medizinisch-philosophischen Vortrag ein und experimentiert alsdann in der Weise, wie seine Kollegen durch Handauflegen und Streichmassage.

Wie von gut informierter Seite behauptet wird, standen Jacoby und auch Frau Brink sehr stark unter dem Einfluß Müllers. Dieser selbst verwahrt sich energisch dagegen, daß er den Vergifteten das Pulver selbst ausgehändigt habe, läßt aber die Möglichkeit offen, daß durch „Unbefugte" das gefährliche Mittel, das leicht den Tod mehrerer Menschen hätte zur Folge haben können, in die Hand des Filmregisseurs gekommen sei.

Die Kriminalpolizei ist zur Zeit noch an der Aufklärung der Angelegenheit tätig, doch dürfte der Fall schon in den nächsten Tagen die Staatsanwaltschaft beschäftigen.

★

Die Herkunft des Pulvers.

:: **Berlin**, 4. Dez. Zu der Erkrankung der Filmschauspielerin Elgar Brink, ihres Schwagers Klewer und des Regisseurs Jakoby erfährt eine Korrespondenz, daß das verhängnisvolle Pulver nicht von dem Magnetopathen Dr. Müller, sondern von einem Freunde Jakobys, einem Buchhändler, stammte. Eine Gefahr besteht für keinen der Patienten mehr.

Aus der Heimat.

Geschäftsfreier Sonntag.

Bocholt, 5. Dezember. Der vergangene Sonntag stand im Zeichen lebhaften Weihnachtsverkehrs. In den Hauptstraßen der Stadt herrschte bis in die Abendstunden reges Leben und Treiben. Die reichlich und effektvoll ausgestatteten Schaufenster, die durchweg schon weihnachtliche Dekorationen zeigten, waren starke Anziehungspunkte. Da die Geschäfte geöffnet hatten, setzte auch bald lebhafter Geschäftsverkehr ein, der bestimmt nicht viel hinter dem früheren ersten geschäftsoffenen Weihnachtssonntag zurückblieb. Für die augenblicklich allgemeine Wirtschaftslage kann das Geschäft des letzten Sonntags sogar als ganz befriedigend angesprochen werden. Die Geschäftsleute haben sich aber auch die erdenklichste Mühe gegeben, um dem Publikum Anregung zum Kauf zu bieten. Künstlerisch aufgebaute Auslegen, Reklame aller Art lockten den Käufer. Manch originelle Idee wurde in den Werbedienst gestellt. Zwar wird sich der Betrieb am Sonntag finanziell noch nicht ganz auswirken können, da naturgemäß vorerst noch das Heer der Schaulustigen bedeutend größer ist als das der Kauflustigen. Dieses Verhältnis wird sich natürlich, je näher wir dem Weihnachtsfeste rücken, zugunsten der letzteren verschieben. Wir wollen hoffen, daß unsere heimische Geschäftswelt in der Weihnachtszeit voll und ganz auf ihre Kosten kommt.

Betriebsunfall.
Mit leichter Verletzung davongekommen.

Bocholt, 5. Dezember. Am Montag abend verunglückte im Betriebe der Firma Karstadt A.-G. ein Weber dadurch, daß ihm eine Webschütze, die durch den Schützenfänger nicht aufgehalten worden war, oberhalb des linken Auges gegen die Stirn flog. Das Auge ist nach ärztlicher Feststellung nicht verletzt worden. Der Weber war durch den Anprall nur ohnmächtig geworden, die Verletzungen sind nicht schwer. Ein Verschulden dritter liegt nicht vor.

Bevölkerungsstatistik im Monat November.

Bocholt, 5. Dezember. Im Stadtkreise Bocholt wurden im Monat November 28 Knaben und 33 Mädchen geboren; gestorben sind 11 männliche und 16 weibliche Personen. 35 Eheschließungen fanden statt. Die fortgeschriebene Bevölkerungsziffer betrug am 1. November 1928: 32 773, am 30. November: 32 811.

Wieder ein Fahrraddiebstahl.

Bocholt, 5. Dezember. Am Montag abend wurde ein Damenfahrrad, das unbeaufsichtigt und unverschlossen vor einem Hause in der Ravardstraße sind, gestohlen. Man muß leider sagen, daß den Dieben das Stehlen manchmal sehr leicht gemacht wird.

Jugendpflegelehrgang „Buch und Bild".

Bocholt, 5. Dezember. Am kommenden Freitag wird der vor einiger Zeit schon angekündigte Jugendpflege-Lehrgang des städtischen Jugendamtes „Buch und Bild" stattfinden. Der Lehrgang, der nachmittags 3,30 Uhr im kleinen Schützenhaussaal beginnt, wird sich mit der Frage der Schund- und Schmutzbekämpfung in Literatur und Lichtbild beschäftigen. Als Referent ist Herr Lehrer Wegmann, Leiter der Bezirks-Zentralstelle für literarische Jugendpflege und Schundbekämpfung, Münster, gewonnen worden.

Steuersprechtag des Finanzamtes in Bocholt.

Bocholt, 5. Dezember. Der nächste Steuersprechtag des Finanzamtes Borken in Bocholt findet statt am Donnerstag, den 6. ds. Mts., von 10,30—1 Uhr und von 15—17 Uhr im Stadtverordneten-Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Ravardstraße, Eingang Realschulstraße, Zimmer Nr. 4.

Sprechstunde der Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle.

Bocholt, 5. Dezember. Die Sprechstunde der Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle des Stadtkreises Bocholt fällt am heutigen Mittwoch aus. Die nächste Sprechstunde findet statt am Mittwoch, den 12. Dezember.

Ergänzungswahlen zur Niederrheinischen Industrie- u. Handelskammer Duisburg-Wesel.

Bocholt, 5. Dezember. Am Montag nachmittag fanden im Schützenhaus die Ergänzungswahlen für das ausgeschiedene Mitglied Emil Cohen, Wählerabteilung 1, und für das verstorbene Mitglied Hubert Bossel, Wählerabteilung 2, statt. In der Wählerabteilung 1 wurde Herr Karl Weyl und in der Abteilung 2 Herr Heinrich Granderath gewählt.

Heute abend Vortrag im Verein kath. Akademiker.

Bocholt, 5. Dezember. Wir weisen an dieser Stelle nochmals hin auf den heute abend 8,30 Uhr im kleinen Saale des Schützenhauses stattfindenden Vortrags-Abend des Vereins kath. Akademiker. Herr Prälat Richter wird über „Melchior von Diepenbrock" den großen Sohn der Stadt Bocholt sprechen. Es darf daher wohl mit einem starken Besuch gerechnet werden.

Vortrag für Textilinteressenten.

Bocholt, 5. Dezember. Wir weisen darauf hin, daß am 11. Dezember abends 8,30 Uhr im Apollo-Theater ein Lichtbildervortrag von Herrn Ingenieur Eisner, Berlin über das Thema „Elektrische Spezialantriebe in Textilfabriken" gehalten wird. Der Vortrag dürfte von großem Interesse für weite Kreise der Bevölkerung sein. Im Anschluß an den Vortrag laufen zwei technische Filme über die Fabrikation von Kleinmotoren und die Verwendung von Elektrokarren, sodaß ein Besuch des unentgeltlichen Vortrages sicherlich recht lohnenswert ist.

Damenschneiderinnen-Zwangsinnung Bocholt. Kursus zur Vorbereitung auf die Meisterinnen-Prüfung.

Bocholt, 5. Dezember. Wie aus einer Anzeige in der gestrigen Nummer dieser Zeitung hervorgeht, findet bei genügender Beteiligung im Januar 1929 ein Zuschneide-Kursus von der städtischen Zuschneideschule Münster statt. Da der Kursus hauptsächlich als Kursus zur Vorbereitung auf die Meisterinnen-Prüfung gedacht ist und die Teilnehmerinnen mithin schon früher als sonst zur Prüfung zugelassen werden können, ist es sehr erwünscht, daß recht viele Anmeldungen bei der Damenschneiderinnen-Zwangsinnung eingehen. Die Schneiderinnen werden daher gebeten, ihre Angestellten diesem Kursus zuzuführen.

Kreisverbands-Geflügel-Ausstellung in Borken. Bocholt beteiligt sich mit 80 Tieren.

Bocholt, 5. Dezember. Die Geflügel-Ausstellung des Kreisverbandes Bocholt — Borken findet, wie bereits kurz gemeldet, am 8. und 9. Dezember statt. Die Anmeldungen sind sehr zahlreich eingegangen. Auch der hiesige Verein hat sich mit etwa 80 Tieren beteiligt. Die Tiere müssen am Donnerstag, den 6. Dezember, von 4—7 Uhr, eingeliefert werden. Um es den Ausstellenden von Bocholt möglichst leicht zu machen, wird der Verein die Tiere mit dem Auto nach Borken bringen lassen. Die Tiere müssen deshalb am Donnerstag, den 6. Dezember, mittags von 1 bis 2 Uhr bei dem Bäckermeister Börgers, Münsterstraße, bereit stehen, damit die Einladung hier erfolgen kann. Am Freitag findet die Prämiierung statt. Die Eröffnung ist am gleichen Tage um 2 Uhr nachmittags. Am Samstag, den 8. und Sonntag, den 9. Dezember ist die Ausstellung von 9,30 Uhr bis 18,30 Uhr geöffnet. Der Besuch der Ausstellung ist jedem, auch Nichtzüchtern, dringend zu empfehlen, da man wirklich erstklassiges Material auf der Borkener Schau antreffen wird. Außer Geflügel werden auch Gerätschaften und Fachliteratur ausgestellt. Am Samstag, den 8. Dezember, nachmittags 6 Uhr findet außerdem eine große Versammlung sämtlicher Züchter der Kreise Borken und Bocholt im Spangemacher'schen Saale in Borken statt, in der die Ausstellung besprochen und wichtige Fragen betreffs Geflügelzucht behandelt werden soll. Die Aussteller des Bocholter Vereins wollen auf pünktliche Einhaltung des Ablieferungstermines achten.

---

m. **Rhede**, 5. Dezember. **Meisterprüfung.** Herr Anton Wehning von hier bestand vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer Münster die Meisterprüfung im Maler- und Anstreichergewerbe. Dem jungen Meister unseren herzlichen Glückwunsch!

a. **Borken**, 5. Dezember. **Viehmarkt.** Zum gestrigen Viehmarkt waren aufgetrieben: 205 Pferde und Fohlen, 81 Stück Rindvieh und 537 Schweine. Preise: Pferde a) 700—850 R.-Mk., b) 400—650 R.-Mk. Fohlen 2½-jährige 400—700 R.-Mk., 1jährige 300—400 R.-Mk., einzelne Tiere erzielten höhere Preise. Kühe a) 400—550 Reichsmark, b) 300—400 R.-Mk. Ferkel kosteten die Alterswoche 3—3,50 R.-Mk., Läuferschweine 35—50 Reichsmark. Nächster Vieh- und Krammarkt am 18. Dezember.

* **Südlohn**, 4. Dezember. **Schmugglerpech.** Nicht immer dürfte „Schwein" Glück bedeuten. Mit 9 fetten Schweinen hatten in einer der letzten Nächte auswärtige Schmuggler Pech. Kaum war die deutsche Grenze passiert als das Verhängnis in Gestalt abnehmender Zollbeamte zur Stelle war. Die Tiere wurden sämtlich dem Zollamte zugeführt. Die Schmuggler entkamen.

* **Ahaus**, 4. Dezember. **Das Ferngas marschiert.** Nachdem wochenlang in der Rohrlegung für die Ferngasversorgung des Kreises Ahaus kein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen war, scheinen jetzt die Arbeiten einen schnelleren Fortschritt zu nehmen. Das Rohrnetz, das von Wüllen kommend, die Wüllener-, Kreuz-, und die Bahnhofstraße berührt, ist bereits bis zum Neumarkt fertiggestellt. Wenn schlechtes Wetter die Arbeiten nicht verzögert, dürfte bald mit dem Verschwinden der verkehrshindernden dicken Gasrohre zu rechnen sein.

* **Gronau**, 4. Dezember. **Schlimme Folgen einer Radlerunsitte.** In einem Nachbarort fuhr dieser Tage ein junger Mann hinter einem Auto her. Plötzlich stoppte dieses, und in vollem Tempo sagte der Radfahrer auf den Benzintank. Mit schweren Arm- und Kopfverletzungen wurde der Verunglückte in ärztliche Behandlung gebracht.

* **Rheine**, 4. Dezember. **Schwerer Motorradunfall.** Am Sonntag abend ereignete sich in der verhängnisvolle Kurve bei Höwische auf der Mesumer Chaussee ein Motorradunfall. Ein hier zum Besuch weilender junger Mann unternahm mit seinem Freunde B. von hier auf dessen Wunsch eine Motorradfahrt. Das Rad wurde aus der Kurve geschleudert und zertrümmert. Während der Fahrer mit geringeren Verletzungen davonkam, erlitt der auf dem Sozius fahrende B. einen schweren Schädelbruch, sodaß er im Krankenhause Aufnahme finden mußte, wo er sehr schwer darnieder liegt.

Vom Niederrhein.

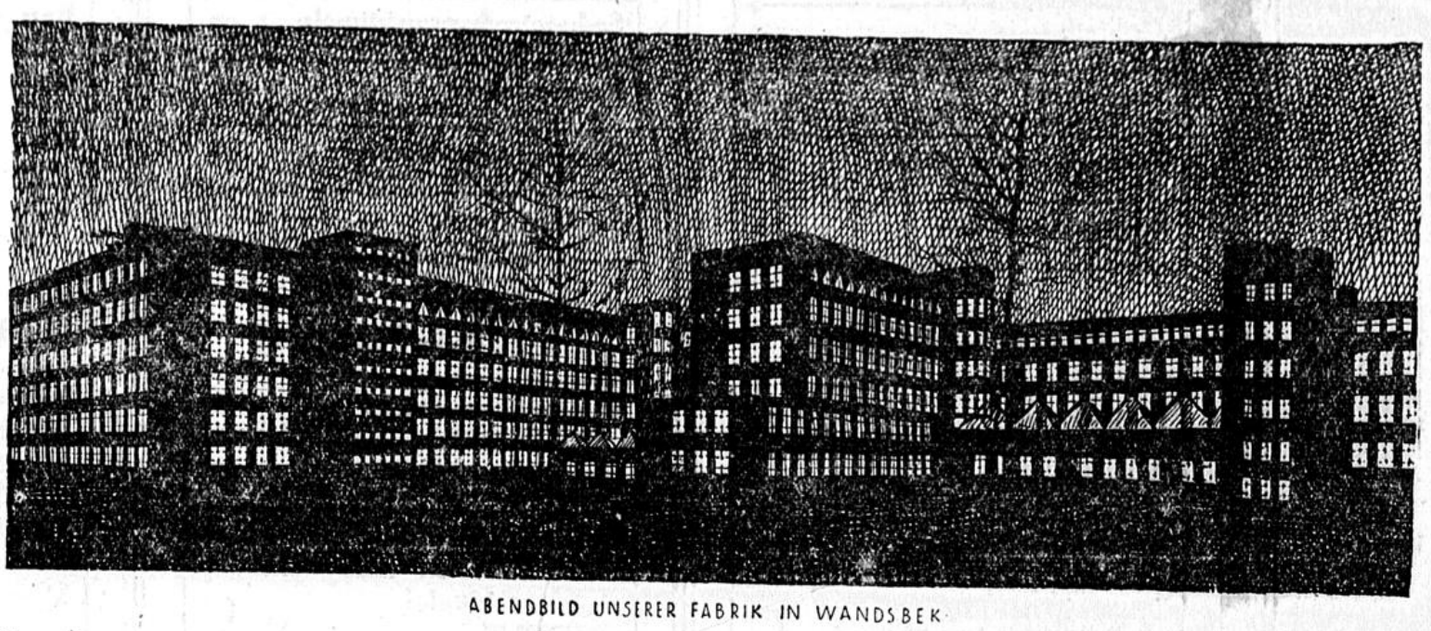
— **Loikum**, 4. Dezember. **Personalnotiz.** Herr Lehrer Hardering, der 14 Jahre an der hiesigen Volksschule gewirkt hat, ist nach Gumsdorf, Kreis Grevenbroich, versetzt worden.

—t. **Isselburg**, 4. Dez. **Namenstagsfeier im Kirchenchor.** Der Kirchenchor und die Vereinskapelle feierten am Sonntag abend im Vereinszimmer den Namenstag ihres Dirigenten Herrn Kaplan Franz Speer. Vor der Wohnung des Namenstagskindes hatten sich beide Vereine um 8,45 Uhr eingefunden und erfreuten ihren Dirigenten durch ein schönes Ständchen in Form von Liedervorträgen und Musikstücken. Darauf überbrachte der Vorsitzende Herr Geukes im Namen der Mitglieder die herzlichsten Glückwünsche. Herr Kaplan Speer dankte für die ihm zuteil gewordene Ehrung und lud den Verein zu einem Gläschen Bier ein. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Dirigenten vom Vorsitzenden ein kleines Angebinde überreicht. Es hatten sich auch noch verschiedene eingeladene Gäste eingefunden, u. a. auch Herr Bürgermeister Schönschecke, sowie der frühere Dirigent Herr Joh. Evers trotz seines hohen Alters von 82 Jahren. Auf Wunsch mußte der Jubilar auch noch ein Liedchen dirigieren. Da Herr Bürgermeister Schönschecke am gleichen Tage Namenstag hatte, so war die Musikkapelle schon an seiner Wohnung gewesen und hatte ihn mit einem Ständchen überrascht. Im Vereinszimmer herrschte bald eine frohe und recht gemütliche Stimmung. Abwechselnd wurden von den Mitgliedern heitere Vorträge geboten, mehrstimmige Lieder gesungen und Musikstücke vorgetragen, bis die vorgerückte Zeit zur Heimkehr mahnte.

—t. **Isselburg**, 4. Dezember. **Theaterklub „Fidelitas".** Am kommenden Sonntag wird der Theaterklub „Fidelitas" in der Kaiserhalle das angekündigte Schauspiel in 5 Akten „Als er wiederkam" zur Aufführung bringen. Da die Rollen in sehr guten Händen liegen, ist ein genußreicher Abend zu erwarten. Eine kurze Inhaltsangabe lassen wir folgen: Paul Auerbach und Martha sind verlobt, doch die Armut zwingt Paul, nach Amerika auszuwandern, um dort die Mittel zur Heirat zu verdienen. Auch Dietrich Falkenried hat ein Auge auf Martha. Er spielt sich als Pauls Freund auf und zieht mit diesem über das Meer. Es gelingt Paul durch seine Tüchtigkeit, sich in St. Louis beim Großkaufmann Stafford in wenigen Jahren in eine geachtete Stellung zu arbeiten. Der Amerikaner schätzt den jungen Deutschen so sehr, daß er ihn ganz an sein Haus fesseln will und ihm die Hand seiner Tochter anbietet. Dietrich Falkenried, der bei derselben Firma als Buchhalter arbeitet, verstand es in den Jahren, mit teuflischer Bosheit, die Briefe, welche Martha an Paul schickte, abzufangen. Dafür spielte er seinem ahnungslosen Freund einen gefälschten Brief in die Hand, worin ihm der alte Lehrer Dahlmann angeblich mitteilt, daß Martha inzwischen mit dem Protzbauer verheiratet ist. Paul erholt sich von diesem vernichtenden Schlag und gibt dem Drängen Staffords nach. Er heiratet seine Tochter, die ihn aufrichtig liebt und wird Geschäftsteilhaber. Die junge Frau kränkelt aber. Nach wenigen Jahren kurzen Ehegluck stirbt sie und hinterläßt die kleine Nelly. Lange einsame Jahre gehen für Paul dahin. Nelly zählt 10 Jahre. Da wird ein Einbrecher in seinem Hause erschossen, es ist Dietrich Falkenried. Sterbend gesteht dieser, daß er damals den angeblichen Brief des Lehrers Dahlmann selbst geschrieben habe. Also Martha war nicht verheiratet. Nun treibt es den einsamen Mann zurück über das Meer. Es ist Mai, die Schwalben sind mit ihm zurückgekommen. Er findet die treue Martha, es kommt zur Aussprache, alles wird gut. Und die kleine Nelly bekommt wieder ein liebes Mütterlein. — Wir wünschen dem Theaterklub ein volles Haus.

— **Hamminkeln**, 4. Dezember. **Fuchsjagd.** Am Samstag nachmittag hatte der Reiter-Verein „Lützow" zur Fuchsjagd geladen. An der Wirtschaft Jäger, Diersfordt, begrüßt der Vorsitzende des Vereins Graf von Pleitenberg die Erschienenen, besonders den Grafen von Stolberg-Wernigerode, dem er den Dank für die liebenswürdige Freigabe des Diersfordter Waldes für die Jagd abstattete. Im Gelände zwischen der Station Diersfordt und Wirtschaft Tebbe hatte sich dann der Fuchs Deckung gesucht. Reiter Brahm vom Reiterverein „Graf Hold" Xanten, war es der sich den Fuchsschwanz erjagte. Komtesse von Plettenberg überreichte den Teilnehmern der Jagd den grünen Bruch. Auch dem Master Hasselmeyer dankte Graf von Plettenberg herzlichst in ehrenden Worten. Dann gings in geschlossenem Zuge zur Friedenshalle Hamminkeln zum Reiterball.

Weihnachts-Vorbereitungen bei Haus Neuerburg



ABENDBILD UNSERER FABRIK IN WANDSBEK



Die Weihnachtspackung kostet 5 Mk.. sie enthält 100 OVERSTOLZ-Zigaretten, für die Packung wird also kein Preisaufschlag berechnet.

Wenn in der Dämmerung der Winterabende die elektrischen Lichter aufglühen, herrscht weihnachtlicher Hochbetrieb in unseren Fabriken. Schon seit Monaten sind Tausende von fleissigen Händen damit beschäftigt, Weihnachts-Pakete für den Raucher zu machen.

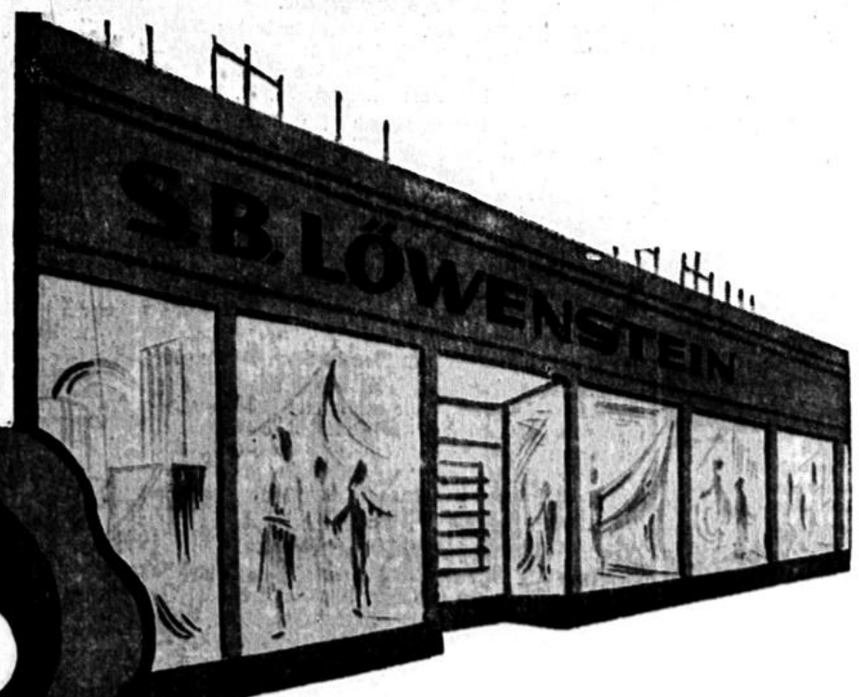
In diesem Jahr sind besonders umfangreiche Vorbereitungen notwendig, da auch OVERSTOLZ weihnachtlichen Schmuck erhalten soll. OVERSTOLZ ist ja schon längst die meistgerauchte Zigarette Deutschlands.

Ihre grosse Verbreitung bürgt für ihre Qualität und gibt jedem die Gewissheit, dass er gut daran tut, diese alteingeführte Marke zu wählen, die von Jahr zu Jahr besser wird, statt einer der vielen neuen Marken, die wie eine Modeerscheinung kommen und vergehen.

Haus Neuerburg
O·H·G·

Ferner liefern wir in Geschenkpackungen: 100 Stück RAVENKLAU zu 6 Mk. * 50 Stück LÖWENBRÜCK und 50 Stück GULDENRING zu 9 Mk.

Wähle Geschenke bei



SB LÖWENSTEIN

Wir beweisen,

daß wir nicht nur an äußerer Ausstattung unseres Hauses an erster Stelle stehen, sondern auch an Preiswürdigkeit nicht zu übertreffen sind. Dieses erste Eröffnungs-Angebot soll Ihnen bei Einkauf Ihrer Weihnachts-Artikel diesen Beweis erbringen.

Damen-Wäsche

Damenträgerhemden gute Gebrauchsqualität . .	1,65 1,25	90 ₰
Damen-Nachthemden große Ausw. mit feiner Fest.,	3.75, 3.25	2.65
Damen-Untertaillen mit Fest.-Klöppel-Val.-Spitzen,	1.25, 95,	65 ₰
Damen-Prinzeßröcke la Maccotuche, reich garniert,	4.25, 3.75	2.95
Herren-Nachthemden la Qualität	4.95 4.45	3.35

Tischwäsche

Tischtuch la Halbleinen	2.90
Tischtuch 130 : 160, schönes Damastmuster,	3.90
Teegedeck ca. 130:160, mit Serv., sol. Qual., farb. Rand	5.90
Gerstenkornhandtücher best reine Leinen, ca. 50 : 110, ges. u. geb	1.30
Damasthandtücher 50 : 110, vollweiß, ges. und geb. . . .	1.55

Bettwäsche

Kissenbezüge 80:80, gute Hemdentuch-Qual., ausgeb., 1.65	1.25
Paradekissen 80 : 80, 4seitig mit Klöppelspitzengarnitur	2.95
Halbleinen-Bettuch 150 : 200, solide, kräftige Qualität, 4.90	3.90
Damastbettbezug la. Halbmacco, mit Seidenglanz . 9.—	7.80
Wäsche-Coupon 10 m, stark- u. feinfädige Qual. 8.75, 7.50	5.95

Kleider-, Seidenstoffe

Travers die große Mode	Meter	1.65
Crepe-Caid doppelt breit	Meter	2.90
Hausmarke Popeline, 100 cm	Meter	3.90
Tussah-Seide prima Qualität	Meter	1.95
Crepe de Chine reine Seide	Meter	4.50

Strumpfwaren

Seidenflorstrümpfe la Qual., in allen mod. Farben, 2.95, 2.15	1.95
Cachemiredamenstrümpfe solide Qual., in vielen Farben, 3.95, 3.25	1.95
Herrensocken neuart. Ausm., in la Macco-Qual., 1.45, 1.10	95 ₰
Herren-Jacqardsocken la reine Wolle, aparte Dessins, 2.25, 1.95	1.50
Kinderstrümpfe in schwarz und farbig, in Wolle, Seidenflor und Macco, in reicher Auswahl	

Trikotagen

Herren-Normalhemd gute wollgemischte Qualität . 2.95, 2.50	1.95
Herren-Normalhose starke wol gemischte Qualität 2.95, 2.50	1.75
Herren-Futter-Hose schwere Winterware . . . 3.25, 2.75	1.95
Damen-Schlüpfer Kunstseide mit Futter 2.45	1.95
Kinder-Schlüpfer innen gerauht 1.10, 75	58 ₰

Wollwaren

Kinder-Pullover u. Westen m. u. o. Kragen, einf. u. gem. 6.75 4.95	3.20
Kindershals und Mützen (Carnit.) in gut. Qual. weiß u. farb. 2.75 2.30	1.75
Damen-Pullover u. Westen gr. Ausw. geschmackv. Sortim 10.75 8.75	6.75
Damenstrickkleider reiche Ausw., ap. Dessins 24.75 19.75	9.75
Herren-Pullover u. Westen Extrapreisw. Artikel . . . 14.75 12.90	9.75

Herren-Artikel

Herrenoberhemd weiß u. frb. in gut. Zeph. u. Perk. 4.95 3.95	2.95
Herrenkragen Stehuml. u. Eckenkr. 4fach Macco 1.25 1.10	75 ₰
Binder gr. Extraangeb. la Bemb.-Qual. 3.25 2.95	2.50
Hosenträger in großer Auswahl, nur beste Qual., Gummi- u. Lederp. 1.45 1.10	95 ₰
Socken- u. Aermelhalter 70 55	18 ₰

Gardinen, Decken

Kaffeedecke gewebt, schöne frische Muster . 3.45	2.45
Künstlerdecke 130 : 160 cm, in mod. Farbstellung., 8.75	6.75
Tischdecke 130 : 160, Kunstseide, viele Farben 9.75	8.50
Stores 125 : 200, Tüll	3.95
Stores 150 : 215, Gittertüll mit Einsatz u. Franzen	4.95

S.B. LÖWENSTEIN

BOCHOLT OSTERSTR.

Kleiner, schwarzer
Hund
(Zwergpinscher) entlaufen. [fm. 9895
Wiederbringer erhält Belohnung.
Metzgerei Maaß, Ostarstraße 87.

Leibbinden
in verschiedenen Ausführungen und Preislagen.
Drogerie Brans
Nordstraße 22.

Donnerstag nachmittag von 2 Uhr an ist von einer selbstgemästeten Kuh
Fleisch
zu haben, das Pfund zu 90 Pfg. [fm. 6374
Joh. Mayland, Eintrachtstraße 141.

Donnerstag nachmittag von 1 Uhr an ist von einer gemästeten Kuh
Fleisch
zu 90 Pfg. je Pfd. zu haben bei
Th. Heisterkamp, Holtwick. [fm. 9900

Donnerstag nachmittag von 2 Uhr an ist an der Mussumer Mühle von einer schweren fetten selbstgemästeten Kuh
Fleisch
zu haben, das Pfund zu 90 Pfg.
Hermann Boland.

Orga-Privat
Schreibmaschine
mit Volltastatur
3 Mk. Pro Woche **3 Mk.**
Interessenten wollen sich unter Nr. 6344 an die Geschäftsstelle ds. Bl. wenden.

Kinderloses, junges Ehepaar sucht beschlagnahmefreie
3-4 Zimmerwohnung.
Angeb. erbeten unter Nr. 6372 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Im Mittelpunkt der Stadt freundl. möbl.
Zimmer
mit voller Pension, an Damen oder Gymnasiasten zu vermieten.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Im Mittelpunkt der Stadt drei möblierte
Zimmer,
eventl. mit voller Pension, am liebsten an zwei Damen, zu vermieten. [fm. 9892
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche sofort oder später, kinderliebes
Mädchen
von 17—20 Jahren, für alle Hausarbeit.
Restaurant [fm.
Bernhard van Edig, Haldern (Rheinl.)

Rheder Vo
Kreisblatt des Stadtkreises Boch
Amtlicher Anzeige des Landratsamte von Bürgermeiste ämtern und Ämte des Kreises Borke
Organ der Zentrumspart
Nummer

Sc

Zurückdr der Geschic

Von unsere

Die deutsche Deleg außenministers Dr. S reise nach Luga bundsrates teilzuneh nung gewesen sein Gegend werde auch wehen, so kann man französische Außenmi haben, an die Reise gano nicht mehr groß schon des öfteren ha lain und Briand die zugeworfen. Die ö geradezu entzückt üb Unterhaus, und in zeigt sich ein Jubel gegen Deutschla stellt ist. Man ha nahme Churchills ei England und Frank Haltung eine Aender Chamberlain wieder und Briand ihm glä Pariser Presse höchst

Die Rede, die de in der Kammer gehal viel Neues. In der nach ein Bekenntnis mittelbarem Gegen carno" stehen. In deutschen Volkes auf werden, die sich auf landräumung u gen bezogen. Schäl Worten Briands her nur mit dem Gedank zurückgestellt werden, tionen erledigt sei, verklausuliert, zugibt, fassung die Rä zu werden bra Deutschland ver zahlt sei. Umso Deutschland das grö Inkrafttreten des Da die Reparationsfrage werden kann. Der die These der P klärt, daß die Beseß der französischen Repa mit laufen die Aeuß hinaus, als daß die nach Ablauf vo würde, weil zu dies Reparationen durcha

Die gesamte Darl siers stellt eine d Vereinbarung Genf getroffen wo ander unabhängige die Reparationsfrage bart. Briand hat i lungen über die R sondern vielmehr di frage völlig abhängi kommission stellt s seiner Rede etwas u wenn er darauf hinn Gespräche in Locarn seien. Wir haben des „Geistes von Lo tun will, als sei da ein harmloses Vergni stark daneben.

14000 Ch Soldate

Peking, 5. Dez die Zeitung „North englischen Missionar schen Unruhen in de daß, nachdem der G Nanking-Regierung Pogrom unter d verübten, die sich zu nach dieser Metzelei i Ganze Städte brannt worden. von den Kämpfen, 500000 Menschen